

## Haltung zeigen in politisch unruhigen Zeiten

Liebe Kollegen\_innen,

Haltung zeigen ist gerade in der aktuell politisch unruhigen Zeit mehr als notwendig. Haltung zeigen steht gerade jetzt in der Sozialen Arbeit an.

Meldungen überschlagen sich, dass von den Rechtspopulisten mittlerweile verstärkt politische Prozesse angestoßen werden. In diesen versuchen Sie, die Felder Kultur und Soziales massiv zu beschneiden. Die Tagesschau berichtete in ihrer Online-Ausgabe vom 28.10.18 von Rechtspopulisten, deren Schärfung der Instrumente und des systematischen Angriffs auf die Kunstrechte. Haltungen wie die "deutsche Leitkultur" und "Bewahrung von kultureller Identität" sollen salonfähig gemacht werden.

Da mittlerweile die Rechtspopulisten in den Landtagen vertreten sind, versuchen sie über die parlamentarische Arbeit ihre Ziele verstärkt zu verfolgen. Sie nutzen bewusst die ihnen hier zur Verfügung stehenden Instrumenten.

Gleichzeitig erreichen uns aus verschiedenen Landesverbänden des DBSH Meldungen, dass in deren Ländern massiv, im Rahmen der parlamentarischen Arbeit seitens der Rechtspopulisten, gegen Projekte vorgegangen wird. In der Erklärung von Berliner Trägern „**Für Menschenrechte und eine demokratische Kultur**“ wird aufgezeigt, dass seitens der Rechtspopulisten Anfragen und Anträge u.a. in den Bereichen „gendersensible und -reflektierte Bildungsarbeit, Integrationsprojekte, die Arbeit von Nachbarschaftseinrichtungen, Jugendfreizeitstätten, zivilgesellschaftliche Bündnisse gegen Rechts, Willkommensinitiativen, Angebote der Kinder- und Jugendsozialarbeit, Frauen- und Mädchenarbeit, Beratungsarbeit, antirassistische Projekte“, vorliegen.

Vom Verein „**IDA e.V.**“ (Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V.) wurde gemeinsam mit dem „**Deutschen Jugendring**“ (DBJR) die Datenbank Jugendvielfalt entwickelt. Diese dient, nach Aussage der Akteure, der Unterstützung der Dokumentation rechtspopulistischer parlamentarischer Aktivitäten gegen Jugendverbände, Jugendringe und anderer demokratischer Organisationen auf allen föderalen Ebenen.

Es ist sehr erfreulich, dass sich verschiedene DBSH Landesverbände in Netzwerken, in ihrer jeweiligen regionalen und lokalen Ebene, integriert haben. Aktiv unterstützen Sie gegen die neue Art des politischen „Populismus“ der Rechtspopulisten. Besonders wichtig ist auch, dass sich die DBSH Landesverbände (einige haben dies bereits getan) aktiv gegen die massive Vorgehensweise der Rechtspopulisten engagieren. Die Populisten nutzen ihre parlamentarischen Mittel dazu, demokratisch legitimierte Gruppen (die diese als „Links“ einstufen) durch Anfragen und Anträge in ihrer Arbeit zu behindern.

Die Ethikkommission des DBSH ist aktuell dabei, für die Bundesdelegiertenversammlung (BDV) eine Erklärung vorzubereiten. In dieser sollen konkrete Aussagen zum Umgang mit Rechtspopulisten getroffen werden.

Bei all dieser wichtigen Arbeit dürfen wir nicht den Fokus für unsere eigentliche Arbeit verlieren. Die Menschen, die derzeit in Armut leben, die Menschen die bedürftig sind, die Menschen die gesundheitliche Einschränkungen haben, die Kinder und Jugendlichen in unserem Land und viele andere Statusgruppen, verdienen unsere

besondere Aufmerksamkeit.

Unsere Forderung „**Der DBSH fordert eine Sozialpolitik mit präventiver und gerechtigkeitsfördernde Funktion für die Entwicklung unserer Gesellschaft.**“ dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Eine Rolle, welche die Akteure im DBSH dabei annehmen, ist die anwaltliche Vertretung für die Menschen die sie unterstützen. Um dies zu erreichen, müssen die Akteure zur Übernahme der Tätigkeit Instrumente zur Umsetzung anwenden, die sie durch die Übernahme politischer und gesellschaftlicher Mandate erhalten haben.

Liebe Kollegen\_innen,

**Haltung zeigen in politisch unruhigen Zeiten ist angesagt.**

Ausdrücklich danke ich an dieser Stelle allen Kollegen\_innen ausdrücklich, die sich entsprechend unserer Haltung für die Menschen engagieren. Soziale Arbeit muss gerade in politisch unruhigen Zeiten kollektiv ihre Haltung nach außen tragen. Aktuell sind wir noch im Ringen um eine abschließende Haltung gegenüber Rechtspopulisten. Wesentlich jedoch ist, dass unsere Haltung immer unter der Wahrung der Menschenrechte erfolgen muss.

Ich verbleibe mit herbstlichen Grüßen,

Ihr

Michael Leinenbach  
1. Vorsitzender

---

*Im Anschluss stellen wir wie gewohnt verschiedene Ereignisse und Veranstaltungen vor.*

---

## **Inhalt Newsletter 03/2018**

1. Aus der Sicht der Betroffenen sehen - Aus der Sicht des Betroffenen sehen (ein Film der deutlich macht, dass viele Menschen aus unterschiedlichsten Gründen (z.B. Krankheit, Firmenschließung etc) in schwierige Situationen kommen können.)
2. Auftaktveranstaltung zum interreligiösen Dialog
3. Fachtag: „Fast im Knast – Zur Notwendigkeit eines Zeugnisverweigerungsrechtes in der Sozialen Arbeit“
4. Kooperation mit der DGSF fortgeführt
5. Treffen der Arbeitsgemeinschaft "Pädagogik der Kindheit"
6. Gemeinsames Positionspapier zur geplanten Altersvorsorgepflicht für Selbstständige (AV-Pflicht)

---

## **Zu den Inhalten**

---

### **1 Aus der Sicht der Betroffenen sehen**

Mitte Oktober fand der 5. Berufskongress für Soziale Arbeit, auf dem Gelände des Evangelischen Johannesstift in Berlin Spandau, statt. Dazu eingeladen hatte der "Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit e.V." (DBSH) zusammen mit dem "Förderverein für Soziale Arbeit e.V." (FSA). Angeboten wurde ein vielfältiges

Programm bestehend aus Vorträgen, Workshops, Symposien und weiteren Rahmenveranstaltungen. Das Motto des diesjährigen Berufskongresses lautete "Engagement aus Erkenntnis". Mit dem Workshop „Armut macht krank – Krankheit macht arm“, gingen Vertreter der "Saarländischen Armutskonferenz e.V."(SAK) näher auf dieses Thema ein und analysierten dazu die nötige Haltung Sozialer Arbeit.

#### **Weiterlesen**

##### **Aus der Sicht des Betroffenen sehen**

(ein Film der deutlich macht, dass viele Menschen aus unterschiedlichsten Gründen (z.B. Krankheit, Firmenschließung etc) in schwierige Situationen kommen können.)

---

## **2 Auftaktveranstaltung zum interreligiösen Dialog**

Im Rahmen des 5. Berufskongress für Soziale Arbeit vom 18. bis 20. Oktober 2018 in Spandau, fand der "1. Interreligiöse Dialog der Profession Soziale Arbeit" statt. Zum Dialog wurden verschiedene Religionsgemeinschaften eingeladen. Dazu eingeladen hatte der "Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit e.V." (DBSH). Bei dem ersten Treffen wurde das Thema "Religion und Spiritualität - eine Ressource für die Soziale Arbeit" besprochen und in einer offenen Runde diskutiert.

#### **Weiterlesen**

---

## **3 Fachtag: „Fast im Knast – Zur Notwendigkeit eines Zeugnisverweigerungsrechtes in der Sozialen Arbeit“**

Am Mittwoch, den 24.10.2018, fand in Frankfurt am Main im Landessportbund Hessen ein Fachtag mit dem Titel „Fast im Knast– Zur Notwendigkeit eines Zeugnisverweigerungsrechtes in der Sozialen Arbeit“ statt. Die Veranstaltung wurde gemeinsam von der Koordinationsstelle Fanprojekte bei der dsj (KOS), dem „Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.“(DBSH), der BAG Streetwork und der BAG Fanprojekte ausgerichtet.

#### **Weiterlesen**

---

## **4 Kooperation mit der DGSF fortgeführt**

Vom 20. bis 22 September führte die „Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie“ (DGSF) ihre 18. Wissenschaftliche Jahrestagung in Oldenburg durch. Als Vertretung für den „Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.“ (DBSH), nahm das Mitglied des geschäftsführenden Vorstands, Thomas Greune, an der dreitägigen Tagung teil. Damit zeigte der DBSH erneut die Verbundenheit mit der DGSF.

#### **Weiterlesen**

---

## **5 Treffen der Arbeitsgemeinschaft "Pädagogik der Kindheit"**

Ende September traf sich die Arbeitsgemeinschaft "Pädagogik der Kindheit" (PdK) im "Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit e.V." (DBSH) zu ihrer

Jahresendbesprechung in München. Neben Vertretungsaufgaben wurden Themenschwerpunkte für das Jahr 2019 ausgewählt und näher besprochen.

**Weiterlesen**

---

## **6 Gemeinsames Positionspapier zur geplanten Altersvorsorgepflicht für Selbstständige (AV- Pflicht)**

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD sieht die Einführung einer Altersvorsorgepflicht für Selbstständige vor, die nicht bereits pflichtversichert sind (etwa in berufsständischen Versorgungswerken). Im Rahmen einer Opt-out-Lösung sollen sie zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen geeigneten insolvenz- und pfändungssicheren Vorsorgearten wählen können. Diese (alternativen Formen) sollen in der Regel zu einer Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus führen.

**Weiterlesen**

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. - DBSH  
Michael Leinenbach (1. Vorsitzender), Gabriele Stark-Angermeier (2. Vorsitzende)  
Michaelkirchstraße 17/18  
10179 Berlin  
Deutschland

+49 (0)30 2887563-10  
[info@dbsh.de](mailto:info@dbsh.de)  
[www.dbsh.de](http://www.dbsh.de)

Register: Registergericht: Berlin, Amtsgericht Charlottenburg VR 27710 B